

Als sich vor Jahrzehnten das nicaraguanische Volk mit der sandinistischen Bewegung erfolgreich gegen die damalige Somoza-Diktatur wehrte und 1979 „die Revolution siegte“, waren nicht wenige Menschen in Deutschland, auch in München, stolz auf sich selbst: In zahlreichen Gruppen und mit vielseitigen Aktionen war die Solidarität(sbewegung) mit Nicaragua nicht zu übersehen.

Heute ist Nicaragua unter dem Ortega-Clan, angeführt seit 2007 vom sandinistischen Präsidenten Daniel Ortega und seiner Frau, der Vizepräsidentin Rosario Murillo, wieder zur Diktatur verkommen. Solidarität muss erneut denen gelten, die keine Stimme haben, die schikaniert, verfolgt, willkürlich verhaftet werden.

In dem kleinen Land, in dem im Lauf der Jahre der Bruch zwischen Regierung und Zivilgesellschaft immer deutlicher geworden ist, in dem sich soziale und wirtschaftliche Widersprüche angehäuft haben und soziale Proteste mehr als 300 Menschenleben kosteten, entledigt sich die Regierung nun unliebsamer Menschenrechts- und Klimaaktivist*innen auf andere, elegantere Weise. So wurden 222 politische Gefangene am 9. Februar 2023 (überraschend) entlassen und nach Washington ausgeflogen - am Tag darauf wurde ihnen (Intellektuelle, Kirchenleute, Studierende, Basisleute) die nicaraguanische Staatsbürgerschaft entzogen. Dies ist verbunden mit dem Verlust der politischen Rechte, der Rentenansprüche, des Vermögens. Wenig später entzog die Regierung weiteren 94 Oppositionellen, die teils schon ins Ausland geflohen waren, die Staatsbürgerschaft. Bischof Alvarez, ebenfalls regierungskritisch, sollte ins Exil entsorgt werden. Als er sich weigerte zu gehen, wurde er zu 26 Jahren Haft verurteilt. Inzwischen sind nach übereinstimmenden Berichten mehr als 4.000 Organisationen (NGOs) verboten und auch Universitäten geschlossen worden.

Nach einem Jahr Arbeit stellt die UN-Menschenrechtskommission (Genf) in ihrem Bericht fest, dass die nicaraguanische Regierung Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hat. Solidarität mit den Menschen in Nicaragua heißt heute, die Bevölkerung in ihrem Kampf gegen Diskriminierung und Repression seitens der Regierung zu unterstützen. Wer sich aber früher für die heutigen Peiniger*innen begeistert hatte, tut sich scheinbar schwer, den Realitäten heute ins Auge zu schauen und sie öffentlich zu machen.

Heinz Schulze